

# „Europa beginnt in den Regionen, Städten und Gemeinden“



4. März 2022

Wir, die Kommunal- und Regionalpolitikerinnen und -politiker der Europäischen Union, wollen eine EU, die den Bedürfnissen und Wünschen der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht wird.

**1.** Das Fundament der Demokratie in der EU bilden die 240 Regionen und die 90 000 Gemeinden in Europa sowie die über 1,2 Millionen lokalen und regionalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, die 450 Millionen Menschen vertreten. Der Fortbestand der vor etwa 2 500 Jahren in der „Polis“ geborenen Demokratie ist nur dann gesichert, wenn sie tief vor Ort verwurzelt ist und Tag für Tag in der Praxis gelebt wird.

**2.** Demokratie stößt auf Akzeptanz, wenn sie durch das Vertrauen, das die Menschen in sie setzen, legitimiert wird und wenn sie auf der Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten ist, Ergebnisse liefert. Daher erachten wir es für notwendig, das Modell eines „**Hauses der europäischen Demokratie**“ zu fördern, das sich auf eine dreidimensionale Legitimität stützt: Die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften bilden das feste Fundament, die 27 Mitgliedstaaten die starken Mauern, und die EU das schützende Dach.

Durch einen Bottom-up-Ansatz für die Beschlussfassung in den EU-Organen kann erreicht werden, dass sich die Bürgerinnen und Bürger sowohl emotional als auch rational stärker mit der EU verbunden fühlen und wieder Vertrauen in die EU als ein demokratisches, auf einer starken politischen Vertretung der Wählerinnen und Wähler beruhendes Projekt fassen, das die Gleichstellung der Geschlechter achtet.

**3.** Wahlen sind ein grundlegendes Instrument für das Funktionieren der repräsentativen Demokratie durch die Arbeit politischer Parteien. Über die alle fünf Jahre stattfindenden Europawahlen hinaus müssen wir dafür sorgen, dass Schlüsselthemen von europäischer Tragweite auch im Vorfeld nationaler, regionaler und lokaler Wahlen erörtert werden, denn 70 % der EU-Rechtsvorschriften werden auf lokaler und regionaler Ebene umgesetzt.

**4.** Zur Stärkung der Demokratie in der EU muss der Mangel an politischer und rechtlicher Legitimität behoben werden, und die europäischen Regionen, Provinzen, Städte und Gemeinden müssen im Rahmen der derzeitigen Vertragsbestimmungen oder im Zuge einer künftigen Vertragsänderung zu festen Akteuren des EU-Beschlussfassungsverfahrens werden.

**5.** Wir fordern daher, den Europäischen Ausschuss der Regionen über seine derzeitige beratende Funktion hinaus schrittweise aufzuwerten und ihm eine verbindliche Rolle in einer begrenzten Zahl von Politikbereichen mit einer klaren territorialen Dimension zu übertragen, ohne die EU dadurch komplexer zu machen. Eine umfassendere Berücksichtigung des Sachverständs der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Ausarbeitung und Umsetzung des EU-Rechts wird zu einer besseren Rechtssetzung und einer größeren demokratischen Legitimität in der EU führen.

Eine solche Stärkung des Subsidiaritätsprinzips lässt sich erreichen, indem dem Europäischen Ausschuss der Regionen ein besserer Zugang zu den Verhandlungen der EU-Organen über Legislativvorschläge (Trilogie) gewährt und Regionalparlamenten unter genau festgelegten Umständen eine formelle Rolle bei der Vorlage von EU-Rechtsvorschriften eingeräumt wird.

**6.** Wir rufen dazu auf, aufbauend auf den Erfahrungen der Konferenz zur Zukunft Europas einen partizipativen Mechanismus in Form eines ständigen ortsbezogenen Dialogs mit den Bürgerinnen und Bürgern zu entwickeln. Dieser muss gewährleisten, dass die EU den Gegebenheiten auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene stärker Rechnung trägt, die Bürgerinnen und Bürger eine Rückmeldung bezüglich ihrer Ideen und Anliegen erhalten und insbesondere junge Menschen beteiligt werden. Die nationalen und europäischen Verbände der Gebietskörperschaften sind zusammen mit dem Europäischen Ausschuss der Regionen und seinen Netzwerken junger Mandatsträger sowie regionaler und lokaler EU-Beauftragter bereit, dabei mitzuhelfen.

**7.** Wir fordern die Konferenz zur Zukunft Europas auf, den Zusammenhalt – die „Kohäsion“ – als einen Grundwert und als Richtschnur für alle Politikbereiche der EU unter Achtung der Grundsätze der Partnerschaft und der Multi-Level-Governance zu bekräftigen.

**8.** Wir fordern, die Resilienz in der EU durch eine klare Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Gestaltung und Umsetzung der Sozial-, Klima-, Umwelt-, Energie- und Digitalpolitik zu stärken und ihnen in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen direkten Zugang zu EU-Mitteln zu gewähren.

**9.** Wir sprechen uns für eine europäische Gesundheitsunion aus, in deren Rahmen der EU die Befugnisse übertragen werden, die sie braucht, um unter Achtung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit rasch auf Gesundheitskrisen reagieren zu können.

**10.** Wir rufen dazu auf, eine zukunftsorientierte europäische Agenda für den ländlichen Raum anzunehmen, die die Integration von Stadt und Land verbessert und für eine nachhaltige Revitalisierung ländlicher Gemeinwesen sorgt.

**11.** Wir fordern die EU auf, die im Laufe der Jahre geknüpften engen Beziehungen zu den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in den Nachbarschafts- und Erweiterungsländern zu nutzen, um dort Rechtsstaatlichkeit und verantwortungsvolle Staatsführung von der Basis aus aufzubauen.

**12.** Um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen, müssen wir die Funktionsweise der Demokratie erneuern und die europäischen Werte durch Bildung und bürgerschaftliches Engagement vermitteln, insbesondere bei jungen Menschen und in Grenzregionen, und dabei die Achtung der Chancengleichheit fördern.

Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass die Demokratie Ergebnisse liefert und Europa den Menschen näher ist!

